

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Anna Toman

Abg. Wolfgang Fackler

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Dr. Wolfgang Heubisch

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als ersten Antrag rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Keine Nachteile für Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter durch ihren vorbildlichen Einsatz zur Bewältigung der Corona-Pandemie (Drs. 18/10878)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Dr. Fabian Mehring von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie ist längst und unzweifelhaft zur größten globalen Herausforderung der Nachkriegszeit geworden. In den letzten Tagen hat sie auch unsere gemeinsame Heimat Bayern wieder mit voller Wucht erfasst. Ein Spezifikum dieser Pandemie-Lage besteht darin, dass sie nicht durch formidable Leistungen eines Einzelnen bekämpft werden kann – nein, es ist ein gesamtgesellschaftlicher Schulterschluss notwendig. Wir sind zwingend darauf angewiesen, dass jeder an seiner Stelle in unserer Gesellschaft mehr tut als seine Pflicht und seinen persönlichen Beitrag dazu leistet, damit Bayern und seine Menschen gut durch diese Pandemie kommen.

Das geschieht derzeit an verschiedenen Stellen. An manchen Stellen ist das stärker im öffentlichen Fokus, weil dieser Beitrag sozusagen auf der Hand liegt. Ich denke an unsere Erzieherinnen in den Kitas, ich denke an die Pflegerinnen und Pfleger, an die Ärztinnen und Ärzte, an die Virologinnen und Virologen. Ich glaube, der Bevölkerung ist zur Stunde sehr präsent, was da geleistet wird, mit welchem Zusatzengagement da ein wesentlicher Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet wird.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir dürfen nicht vergessen, dass es weitere Berufsgruppen gibt, insbesondere eine Berufsgruppe, für die wir politische Spitzenverantwortung tragen. Ich denke da an unsere Staatsbediensteten, an die bayerischen Beamtinnen und Beamten, die einen herausragenden Beitrag zur Bewältigung dieser Pandemie leisten. Deshalb will ich, bevor ich zum eigentlichen Inhalt des Antrags komme, darauf zu sprechen kommen. Nicht erst seit dem Ministerratsbeschluss am 13. Oktober sind Hunderte, ja Tausende Beamtinnen und Beamte von ihren eigentlichen Dienststellen abgeordnet und beweisen ein hohes Maß an Flexibilität. Im Einsatz in den Contact Tracing Teams, in den Gesundheitsämtern, in den Landratsämtern und in der Ministerialbürokratie wird weit über das erwartbare Maß an Leistungsfähigkeit hinausgegangen, wird ein persönlicher Beitrag geleistet durch Flexibilität und durch Einsatz, um dieses Land gut durch diese Krise zu bringen. Deshalb will ich zunächst die Gelegenheit nutzen – ich denke, ich darf das im Namen aller demokratischen Fraktionen des Hauses tun –, unseren bayerischen Beamtinnen und Beamten für diese Verlässlichkeit, diesen Einsatz, diese Leidenschaft und dieses Verantwortungsbewusstsein für die Menschen in Bayern von Herzen "Vergelts Gott" zu sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Konkret geht es uns im vorgelegten Dringlichkeitsantrag um eine spezifische Gruppe unter den bayerischen Beamtinnen und Beamten, deren Beitrag zur Krisenbewältigung ein ganz besonderer ist. Es geht um unsere Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter, die zukünftigen Staatsbeamten, die in Zukunft die Leistungsträger, das Herz unserer leistungskräftigen bayerischen Verwaltung sein werden, die jetzt schon zu Beginn ihrer Dienstverhältnisse aufgrund der Ausnahmesituation dieser Tage gezwungen sind, eine ganz exponierte Spitzenverantwortung für die Menschen in Bayern zu übernehmen. Sie sind davon, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einer äußerst sensiblen Phase ihrer Berufsausübung getroffen, in einer Phase, in der es um Ausbildung und Lernen geht, in einer Phase, in der es um Prüfungen und Leistungsbesmes-

sung geht, in einer Phase, in der es am Ende des Tages auch um erste Beurteilungen gehen wird, die sozusagen ein Präjudiz für den weiteren Karriereweg sind.

Deshalb meinen wir, die Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER, es ist wichtig, dass die Politik ein verlässlicher Partner dieser jungen zukünftigen Beamtinnen und Beamten ist. Wir wollen nicht nur ihren Beitrag zur Krisenbewältigung dankbar annehmen, sondern im Gegenzug sicherstellen, dass sich diese Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter auf uns als Politiker verlassen können. Wir wollen darauf schauen, dass niemandem, der sich mit erheblichem Zusatzengagement in die Krisenbewältigung einbringt, daraus ein persönlicher Nachteil entsteht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wie wollen wir dafür sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Das wollen wir insbesondere auf zwei Wegen. Zum einen ist es unser Anliegen, die Änderungen im Leistungslaufbahngesetz, die der Bayerische Landtag vor der parlamentarischen Sommerpause auf den Weg gebracht hat, namentlich Artikel 70a des Leistungslaufbahngesetzes zu Abweichungsmöglichkeiten aufgrund der Corona-Pandemie so zu verstehen, ja, so zu fassen, dass darunter nicht, wie eigentlich gedacht, nur am Studium gehinderte Studierende zu subsumieren sind, die wegen der Pandemie nicht an die Hochschulen gehen können. Nein, darunter fallen nach unserer festen Überzeugung auch alle Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter, die aufgrund von Abordnungen jetzt in der Stunde der Not anpacken und die Ärmel hochkrepeln. Sie dürfen keinen Nachteil in ihrer Ausbildung erleiden. Auch sie sollen von Artikel 70a des Leistungslaufbahngesetzes profitieren können. Wir wollen ihn dafür nutzen und eine Chance in der Krise sehen: Digitalisierungsschub, E-Learning auch in der Beamtenausbildung. Wir wollen aber auch, dass bei Prüfungsleistungen, bei der Definition des Prüfungsstoffes und bei der Gewichtung von Leistungen die größtmögliche und die wohlwollendste Rücksicht genommen wird auf den Beitrag, den diese Anwärtinnen und Anwärter leisten, die aktuell in der Krise engagiert sind. Nie-

mandem soll ein Nachteil aus diesem Zusatz- und Sonderengagement entstehen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein sehr technischer Punkt. Es ist ein Anliegen unserer Regierungsfraktion, dass der Bayerische Landtag die Staatsregierung anweist, dass der Landtag Leitlinien mit auf den Weg gibt, damit es keine Abordnungen aus laufenden fachtheoretischen Ausbildungskursen geben darf. Wir wollen nicht, dass jemand aus seiner Klasse herausgenommen, abgeordnet wird an ein Landratsamt, weil in seiner Heimat vielleicht ein eskalierender Hotspot ist. Wir wollen nicht, dass er dann dort im Contact Tracing tätig ist, während seine Kommilitoninnen und Kommilitonen weiterlernen und wenn am Ende des Tages dann die gleiche Prüfung zu schreiben ist. Dies gilt es zu verhindern. Entweder brauchen wir flexible Lösungen im Laufbahnrecht und bei der Ausbildung, oder aber wir müssen es schaffen, dass diese fachtheoretischen Phasen verschont werden.

Dazu wollen wir einen Beitrag leisten und bitten deshalb um eure und Ihre Zustimmung. Wir wollen ein Signal aussenden, dass wir, die Politik, ein verlässlicher Partner der Beamtinnen und Beamten der Zukunft sind. Wir nehmen nicht nur deren Leistungsbereitschaft entgegen, sondern wir wollen das Signal aussenden, dass sich Bayerns künftige Verwaltungsspitze auf die Politik, auf den Bayerischen Landtag verlassen kann. Wir würden uns sehr darüber freuen, wenn dies möglichst einhellig über die demokratischen Fraktionen hinweg gelingen würde, und zwar mit einem Votum zu diesem Dringlichkeitsantrag, den wir Ihnen zur Beschlussfassung vorlegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Toman von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anna Toman (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein bisschen verwundert, dass Herr Kollege Mehring den Dringlichkeitsantrag seiner Fraktion vorgestellt hat, denn er ist nicht im zuständigen Ausschuss.

(Unruhe und Heiterkeit)

Vorab möchte ich sagen, dass die Kontaktnachverfolgung gerade jetzt einer der wesentlichen Bestandteile zur Bekämpfung der Pandemie ist. Deshalb ist eine Stärkung der Tracing Teams durchaus wichtig und richtig. Dahinter stehen wir auch. Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zeigt aber vor allem eines: Es wäre sinnvoll, dass man von Anfang an die Debatte im Parlament führt und nicht wurstelt, wurstelt, wurstelt und dann versucht, alles wieder geradezurichten.

Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hatten wir vor der Sommerpause einen Bericht, wonach Anwärterinnen und Anwärter bis längstens Ende September in den Gesundheitsämtern eingesetzt werden sollten. Sie sollten durch Aushilfskräfte ersetzt werden. Jetzt, am 13.10.2020, beschließt der Ministerrat: 2.000 staatliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen mit sofortiger Wirkung an den Gesundheitsämtern tätig werden, und zwar insbesondere Anwärterinnen und Anwärter. – Ja, was denn jetzt? Wollen wir die Anwärterinnen und Anwärter in ihrer Ausbildung lassen, oder wollen wir sie an den Gesundheitsämtern einsetzen?

Das hatte dann zur Folge, dass sich massiver Widerstand in der Belegschaft formiert hat. Und was machen Sie jetzt? – Sie rudern wieder zurück. Was lernen wir daraus? Wie wäre es denn, wenn wir das hier vorab diskutieren? Dann gäbe es nämlich gar nicht so ein Kuddelmuddel. Für uns, die grüne Landtagsfraktion, ist klar: Wenn möglich, wollen wir keinen Einsatz von Anwärterinnen und Anwärtern im Contact Tracing haben. Jeder von uns hier im Saal hat eine Ausbildung absolviert

(Unruhe)

oder ein Studium abgeschlossen. Dessen bin ich mir sicher.

(Unruhe)

Jeder weiß, dass eine Ausbildung zeitintensiv und anstrengend ist. Um eine Ausbildung oder ein Studium abzuschließen, muss man sich darauf konzentrieren können.

Ich möchte, dass unsere Beamtinnen und Beamten eine gute Ausbildung absolvieren. Deshalb sollen sie, wenn möglich, nicht aus ihrer Ausbildung herausgerissen werden.

Trotzdem ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER berechtigt. Wenn es nämlich nicht anders möglich ist, wenn die Anwärtinnen und Anwärter benötigt werden, dann sollen sie wenigstens so eingesetzt werden, dass ihnen kein Nachteil entsteht. Wir werden dem Dringlichkeitsantrag deshalb zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich gebe nun das Ergebnis der vorherigen Wahl von Vertrauensleuten und deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg bekannt.

Zunächst komme ich zum Finanzgericht München. Auf den Wahlvorschlag der AfD-Fraktion entfielen 62 Ja-Stimmen, 47 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist der Wahlvorschlag angenommen.

Nun komme ich zum Finanzgericht Nürnberg. Auf den Wahlvorschlag der AfD-Fraktion entfielen 56 Ja-Stimmen, 53 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Damit ist der Wahlvorschlag angenommen.

Die von der AfD-Fraktion genannten Persönlichkeiten sind hiermit zu Vertrauensleuten bzw. zu deren Vertretern für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei den Finanzgerichten München und Nürnberg gewählt.

Der nächste Redner ist Herr Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion. Herr Fackler, Sie haben das Wort.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Corona-Pandemie hat uns alle derzeit wieder fest im Griff, und er scheint auch wieder fester zu werden. Wir erleben eine dauerhaft große Herausforderung für unsere Gesellschaft, für die Wirtschaft, selbstverständlich aber auch für unsere Ver-

waltung. Unsere Verwaltung ist und war gefordert. Deswegen hatten wir im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes auch einen Zwischenbericht. Unser Zwischenfazit war, dass wir gesagt haben: Die Verwaltung hat diesen Stresstest bisher bestens bestanden. Die Verwaltung hat den Betrieb aufrechterhalten. Die Verwaltung hat die Funktionsfähigkeit des Staates gesichert und weitere zusätzliche Aufgaben übernommen. Also, die vergangenen Monate zeigen uns auf jeden Fall eines: Unsere bayerischen Beamtinnen und Beamten und Tarifbeschäftigten sind die Stützen unseres Staates. Dafür gebührt ihnen unser aller Dank, unser Respekt und unsere Anerkennung. Ohne Verwaltung ist kein Staat zu machen.

(Allgemeiner Beifall)

Doch auch unsere Verwaltung kommt an ihre Grenzen. Sie ist selbstverständlich nicht unbegrenzt belastbar. Ein Beispiel dafür sind der öffentliche Gesundheitsdienst und die Gesundheitsämter. Wer von uns wusste vor der Corona-Pandemie so richtig, was diese Teilbereiche der Verwaltung eigentlich tun? Plötzlich rückten ihr Auftrag und ihre Arbeit in das Rampenlicht. Entscheidungen von Gesundheitsämtern hatten plötzlich Auswirkungen auf Schulen, Kitas und damit auf den Alltag in ganzen Landkreisen. Auch daran sieht man ganz besonders, welche Dynamik und welche Dimension diese Corona-Pandemie hat.

Um der wichtigen und zentralen Aufgabe des Contact Tracings überhaupt nachkommen zu können, brauchen die Gesundheitsämter Unterstützung. Deshalb ist es gut, dass es auf Bundesebene einen Pakt für den öffentlichen Dienst gibt, nach dem Bund, Länder und Kommunen sich gemeinsam darum kümmern werden. Es ist auch gut, dass die anderen Ressorts solidarisch sind und die Gesundheitsämter unterstützen. Von der Polizei, von den Finanzämtern, von der Landwirtschaftsverwaltung, vom Kultusbereich und vom Justizbereich usw. werden sie unterstützt.

2.000 zusätzliche Mitarbeiter für Contact Tracing Teams zu finden, ist schon auch eine Hausnummer. Diese 2.000 Mitarbeiter kann man sich nicht einfach schnitzen, und sie

sitzen auch nicht einfach auf einer Ersatzbank und warten, bis sie gebraucht werden. Nein, sie müssen aus anderen Bereichen rekrutiert werden. Deshalb ist es ein Signal der Solidarität, wenn sich Beamte auf Probe, langjährige Beamte und auch Azubis aktiv einbringen. Frau Kollegin Toman, es sind nicht insbesondere Azubis, sondern auch Azubis. Sie alle sind für mich stille Helden dieser Pandemiebekämpfung. Darum möchte ich mich auch bei diesen stillen Helden recht herzlich und ausdrücklich für ihren Einsatz bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Dank ist das eine. Eine umfassende Ausbildung ist das andere. Die sehr gute Ausbildung unserer bayerischen Anwärterinnen und Anwärter ist uns wichtig und liegt uns selbstverständlich auch am Herzen. Die Sorgen der DBB Jugend sind auch bei uns im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes angekommen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes ist auch ein verlässlicher Partner für alle Beamten und Tarifbeschäftigten in Bayern. So werden wir uns auch mit diesem Thema sicherlich im Rahmen einer Petition auseinandersetzen. Uns ist es wichtig, dass die jungen Beamtinnen und Beamten einen Anspruch auf Ausbildung haben. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass für sie wegen Corona keine Nachteile in der Ausbildung entstehen dürfen. Ich sage natürlich auch, es dürfen für sie nicht nur keine Nachteile dadurch entstehen, dass sie im Contact Tracing eingesetzt werden. Nein, selbstverständlich ist es auch eine Pflicht des Dienstherrn, auf die Ausbildung zu achten. Der Dienstherr muss bei der Ausbildung die Stellschrauben drehen und sensibel mit Fingerspitzengefühl vorgehen. Mit diesem Antrag der FREIEN WÄHLER wollen wir, die CSU, diese Verantwortung auch in Erinnerung rufen.

Bei dieser Thematik brauchen wir in allen Ressorts maximale Flexibilität und Kreativität. Ich kann es an dieser Stelle nur noch einmal wiederholen: Den Azubis darf selbstverständlich kein Nachteil daraus erwachsen. Klar ist, die Not ist groß, und einer muss los. Es hilft auch nichts anderes. Bei der Auswahl ist es uns aber schon wichtig, mit Fingerspitzengefühl vorzugehen. Wir haben deshalb hier im Bayerischen Landtag

bzw. im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes das Leistungslaufbahngesetz geändert. Wir haben extra einen Artikel 70a dafür geschaffen, um Nachteile zu vermeiden, zu überwinden und auszugleichen, aber auch um flexible Ersatzlösungen zu schaffen. Keiner von uns kann eins zu eins vorhersagen, wie der genaue Verlauf der Pandemie sein wird.

Nachdem wir es gesetzlich festgeschrieben haben, besteht für die Auszubildenden auch Rechtssicherheit. Niemand von den Azubis soll sich Gedanken oder Sorgen um seine Ausbildung machen. Vielmehr möchten wir gewährleisten, dass jeder, der sich anstrengt, der seine Ausbildung nicht schleifen lässt und Corona nicht als Alibi nutzt, keinen Nachteil erfahren darf, wenn er sich in Contact Tracing Teams einbringt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der öffentliche Dienst ist ohne Zweifel ein wichtiger Standortfaktor. Dazu gehören unsere Beamten, die Tarifbeschäftigten und selbstverständlich auch alle Azubis. Deshalb ist uns eine gute und solide Ausbildung wichtig. Wir sind froh, dass wir sie alle haben, damit unser Staat auch in Zukunft funktioniert. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Fackler.
– Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bayerbach von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Markus Bayerbach (AfD): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! In vielen Bereichen wurden Anwärter und Anwärterinnen bei der Krisenbewältigung eingesetzt und haben damit bereits zu Beginn ihres Dienstverhältnisses große Verantwortung übernommen. Dieser Einsatz für den bayerischen Staat und für die bayerischen Bürger ist nicht hoch genug einzuschätzen. Ob es jetzt die beste Idee war, Anwärterinnen und Anwärter einzusetzen, lassen wir dahingestellt sein. Darin, dass dies keine negativen Auswirkungen auf die weitere Berufslaufbahn haben darf, sind wir uns alle einig.

Es ist mehr als recht und billig, dass man für diese Anwärterinnen und Anwärter faire Bedingungen schafft.

Deswegen bin ich dafür, dass wir den Artikel 70a des Leistungslaufbahngesetzes so großzügig auslegen, dass zwar Leistung erbracht werden muss – es darf kein Freibrief für Faulheit oder für Nichtleistung ausgestellt werden –, dass aber jeder, der seine Leistung erbracht hat, nicht benachteiligt wird. Ich glaube, wir werden an diesen Beamten später sehr viel Freude haben, weil sie zumindest in der praktischen Tätigkeit sehr vielfältige Erfahrungen gesammelt haben. Das wird sie bereichern. Betreffend die theoretischen Inhalte, die vielleicht durch diesen Einsatz fehlen, erwarte ich von der Bayerischen Staatsregierung, dass sie im Laufe des nächsten Jahres großzügig Fortbildungsmöglichkeiten schafft, damit eventuelle Lücken gut geschlossen werden können und die Anwärter und Anwärterinnen als perfekt ausgebildete Beamte zu uns kommen. Ich freue mich auf diese Generation.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch im Namen der SPD-Landtagsfraktion danke ich allen Tarifbeschäftigten und allen Beamtinnen und Beamten, Auszubildenden und Anwärterinnen und Anwärtern des Freistaates und nicht nur des Freistaates. Sie haben in diesen schwierigen Zeiten besonders gezeigt, dass sie tatsächlich in der Lage und willens sind, für die Gesellschaft die Kastanien tagtäglich aus dem Feuer zu holen. Ich wünsche mir, dass Ihre Ausführungen nicht nur Lippenbekenntnisse sind, lieber Kollege Mehring. Liebe Anna Toman, ich kann mir denken, warum Kollege Mehring gesprochen hat, denn er hat die Gabe, mit seiner blumigen Redeweise auch in der Wüste Rasenmäher zu verkaufen. Deshalb verwundert es mich nicht, dass er gesprochen hat.

(Heiterkeit)

Wenn es darum geht, Verbesserungen für unsere Anwärterinnen und Anwärter, für unsere Tarifbeschäftigten und für unsere Beamtinnen und Beamten zu schaffen, würde ich mir wünschen, dass Sie in der täglichen Arbeit im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes dem zustimmen. Demnächst haben Sie dazu auch Gelegenheit. Wir, die SPD-Fraktion, haben den Antrag gestellt, dass der Bayerische Landtag die Möglichkeit schafft, eine erhöhte Ballungsraumzulage, die sogenannte München-Zulage, zu gewähren, damit die Münchner Stadtverwaltung ihren Beamtinnen und Beamten die erhöhte Ballungsraumzulage zahlen kann, und dass wir im Haushalt die Möglichkeit schaffen, auch in den nächsten und den darauffolgenden Jahren eine erhöhte Ballungsraumzulage unseren Beamtinnen und Beamten zu zahlen. Da haben Sie die beste Möglichkeit zu zeigen, ob Sie das, was Sie heute gesagt haben, auch ernst meinen oder ob es nur Lippenbekenntnisse waren.

Als ich gestern diesen Antrag der FREIEN WÄHLER um circa 17:30 Uhr in meinem E-Mail-Eingang hatte, habe ich mir, ehrlich gesagt, gedacht, das ist ein Scherz. Später habe ich mir meinen E-Mail-Account noch einmal angeschaut, und diese E-Mail war immer noch drin. Ich dachte mir, wir haben zwar Aprilwetter, aber es ist nicht April, sondern es ist Oktober, jetzt warte ich mal bis morgen früh ab. In der Frühe war das immer noch so, dass dieser Antrag von den FREIEN WÄHLERN tatsächlich ernst gemeint war, weil sie das dann auch auf Social-Media-Kanälen geteilt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, worum geht es hier? – Es geht darum, dass der Ministerpräsident mit seinen Ministerinnen und Ministern in den letzten Monaten fast im Alleingang ohne Parlament durchregiert hat. Jetzt kommt die Fraktion der FREIEN WÄHLER mit der Willensbekundung, dass Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter bei der Kontaktnachverfolgung mithelfen sollen – das hat der Ministerrat am 13.10.2020 beschlossen –, sie aber keine Nachteile dadurch erleiden dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, das hätte man auch in dieser Sitzung gleich mit klären können. Dafür hätte es keine Plenardebatte gebraucht. Ich glaube, dass Solidarität und das Abverlangen besonderer Leistungen von Beschäftigten, von

Bediensteten und insbesondere von Anwärtnerinnen und Anwärtern keine Einbahnstraße sein darf, sondern dass wir auch ihnen als Dankeschön das eine oder andere mit auf den Weg geben sollten. Sie müssten das vielleicht auch in ihren Geldbeuteln merken. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein, unserem Antrag demnächst zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Dr. Wolfgang Heubisch für die FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, die bayerischen Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter haben durch eine vorbildliche Mitwirkung bei der Eindämmung der COVID-19-Pandemie einen äußerst wertvollen Beitrag geleistet. Das gilt für die Nachverfolgung von Kontaktpersonen. Das gilt für das Führen von Telefonaten. Das gilt auch für die Betreuung der Leute, die teils aus Verzweiflung angerufen und gefragt haben, wo ihre Testergebnisse blieben. Diese Anrufer hat man beruhigt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben hervorragende Arbeit geleistet. Durch sie wurde letztlich auch die Arbeitsfähigkeit der bayerischen Gesundheitsämter gesichert. Man muss das feststellen und hoch anerkennen.

Die Bayerische Staatsregierung hat schwere Lasten auf den Schultern dieser jungen Leute abgeladen; denn wir alle kennen die Probleme: Das Testdebakel war da. Mal sind die Tests mit einem positiven Ergebnis falsch, mal erhalten die Testpersonen erst Wochen später ihr Ergebnis. Testergebnisse sind auch verloren gegangen. Das alles wurde auf den jungen Leuten abgeladen.

Verehrte Damen und Herren, selbstverständlich bedanken wir uns bei diesen jungen Leuten. Sie dürfen keinen Nachteil erleiden. Ich wundere mich auch, dass man das hier als Dringlichkeitsantrag einbringt. Das ist eine Selbstverständlichkeit! Mussten die

Fraktionen die Staatsregierung dazu erst auffordern? Das ist höchst eigenartig. Wir werden zustimmen, aber ein kleines Geschmäckle bleibt schon.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Heubisch. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/10878 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN, der SPD, der FPD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.